

Die Wahrheit über die neuen Steuern.

Das deutsche Reich war in schwerer Geldnot. Es machte andauernd Ausgaben, ohne für Deckung zu sorgen, es machte Schulden über Schulden. Am 1. Oktober betrug die Schuldenlast des Reiches $4\frac{1}{4}$ Milliarden Mark. (1 Milliarde = 1000 Millionen.) Diesem Zustand sollte und mußte ein Ende gemacht werden. Darum brachte die Regierung eine Vorlage ein, die die Reichsfinanzen auf lange Zeit hinaus ordnen sollte.

Rund 500 Millionen Mark Steuern wurden gefordert, davon sollten 400 Millionen auf den Verbrauch und 100 Millionen auf den Besitz gelegt werden. Die Steuern auf Bier, Tabak und Branntwein wurden von der Regierung vorgeschlagen, alle Parteien stimmten ihnen zu — ausgenommen natürlich die Sozialdemokratie, der die Not des Vaterlandes gleichgültig ist. Es ist eine grobe Entstellung der Tatsachen, wenn behauptet wird, den Konservativen allein hätte man die Bier-, Tabak- und Branntweinsteuer zu verdanken!

Die Mehrheit des Reichstages brachte nach vielen Mühen die Reichsfinanzreform zustande. Sie bewilligte 310 Millionen Steuern auf den Verbrauch und 110 Millionen auf den Besitz (hierzu kommen noch die Aufrechterhaltung der Zuckersteuer und der Fahrkartensteuer).

Welche Lasten legen nun die neuen Verbrauchssteuern allen Kreisen der Bevölkerung auf?

Die Biersteuer soll 100 Millionen im Jahre bringen. (Die Staffelung der Steuer ist so eingerichtet, daß die mittleren und kleineren Brauereien geschont und die größeren Betriebe stärker belastet werden).

Die Steuer für das große Glas Bier beträgt $\frac{1}{2}$ bis $\frac{3}{4}$ Pfennige!

Die Branntwein- und Spiritussteuer soll 80 Millionen erbringen — auch dieses Gesetz ist in allen seinen Teilen (Spannung, Kontingent und Betriebsaufgabe) durchaus auf Schonung der mittleren und kleinen Betriebe eingerichtet.

Das große Glas Branntwein wird demnach um $\frac{1}{2}$ bis $\frac{3}{4}$ Pfennige teurer.

Die Tabaksteuer soll 43 Millionen erbringen.

Für Zigarren und Zigaretten betragen die Aufschläge nach der neuen Steuer für inländisches Fabrikat $\frac{1}{10}$ bis $\frac{4}{10}$ Pfennige für die Zigarre und $\frac{7}{100}$ bis $\frac{15}{100}$ Pfennige für die Zigarette. Das Pfeifchen des armen Mannes wird überhaupt nicht verteuert, dagegen wird der Konsum der Reichen sehr erheblich getroffen, da z. B. für eine Importzigarre von 30 Pfg. Wert künftig 12 Pfennig Erhöhung zu zahlen sein wird.

Für die stellunglos werdenden Tabak- und Zigarrenarbeiter sind 4 Millionen Mark Entschädigung bewilligt worden!

Der Zoll auf Kaffee und Tee soll 37 Millionen erbringen.

Die Erhöhung für Kaffee wird etwa 12 $\frac{1}{2}$ Pfennige für das Pfund, also im Höchstfalle $\frac{1}{2}$ Pfennige für die Tasse betragen.

Das Pfund Tee wird einen Mehrzoll von 37 $\frac{1}{2}$ Pfennigen zu tragen haben. Wie ungeheuer viel Tassen Tee kann man aber aus einem einzigen Pfunde machen!

Die neue Steuer auf Beleuchtungskörper beträgt bei der Benutzung von Glühstrümpfen $\frac{1}{5}$ Pfennig pro Stunde, bei elektrischer Beleuchtung $\frac{1}{10}$ Pfennig pro Kilowattstunde.

Die Bündholzsteuer beträgt bei 10 000 Stück 2 Mark 50 Pfennige, die praktische Wirkung reduziert sich auf 15 Pfennige auf das normale Paket von 10 Schachteln.

Die Mehrbelastung durch die neuen Verbrauchs- steuern beträgt auf den Kopf der Bevölkerung etwa 4 Mk. 40 Pf. im Jahre oder für eine fünf- köpfige Familie wöchentlich 42 $\frac{1}{2}$ Pf.

Sind das wirklich solche riesigen Beträge? Trägt nicht Arm und Reich in gleichem Maße bei und ist es nicht das Vaterland, das diese Opfer von allen Staatsbürgern fordert?

Was wird aber jetzt beabsichtigt?

Das **Bier** soll durch die Brauer um 5 Mark., durch die Gastwirte um weitere 5 M. für den Hektoliter verteuert werden. Wird dieses in Nord und Süd durchgeführt, so erwächst daraus dem Publikum eine Mehrlast von **720 Millionen**.

Die Einzelpreise der **Tabakerzeugnisse** sollen nach der in vollster Öffentlichkeit kundgetanen Absicht der maßgebenden Interessenten um 20 v. H. erhöht werden. Das sind bei einem derzeitigen Verbrauchswert von etwa 800 Millionen Mark **160 Millionen Mark** im Jahre.

Auf etwa die gleiche Höhe wird der Verbrauchswert des jährlich in Deutschland getrunkenen **Branntweines** geschätzt. Hier soll der Verkaufspreis nach Zeitungsmeldungen von den Destillateuren um 35 bis 40 v. H. erhöht werden. Das bedeutet — bei 35 v. H. — eine **Verteuerung um rund 280 Millionen Mark**.

Die **Streichholz-Fabrikanten und -Händler** gedenken, sich für die Auslage der Steuer von 25 Millionen Mark vom Publikum eine Sondervergütung von 33 $\frac{1}{2}$ v. H. für ihre Müheverwaltung, d. h. **statt 25 rund 33 Millionen Mark zahlen zu lassen**.

Die Streichholzfabrikanten haben in ihrem amtlichen Organ mitgeteilt, es liefen so viele billige Abschlüsse, daß der Bedarf bis zum Frühjahr 1910 gedeckt werden kann, alle jetzigen hohen Preise seien durch Spekulation hervorgerufen. Nun wissen wir wenigstens, was von dem Geschrei der liberalen Blätter zu halten ist.

Der **Kaffeewirt** versucht, wie gesagt, bereits, die in Wirklichkeit um höchstens $\frac{1}{2}$ Pf. für die Tasse Kaffee erhöhten Kosten zu einem Preisaufschlag von 5 Pf. für die Tasse zu benutzen. Von diesem außergewöhnlichen Vorgehen aber ganz abgesehen, macht sich auch sonst vielfach der Versuch bemerkbar, auf die wirkliche Steueranlage noch einen Profitlag von wenigstens 50 v. H. aufzuschlagen, so daß bei einem Kaffeemehrzoll von 35 Millionen Mark die **Mehrlast für den Konsum 54 Millionen Mark betragen muß**.

Die nachstehende Übersicht faßt das Gesagte zusammen:

	Steuerbetrag	Versuchte Preiserhöhung
Bier	100 Mill. M.	720 Mill. M.
Tabak	43 " "	160 " "
Branntwein	80 " "	280 " "
Streichhölzer	25 " "	33 " "
Kaffee	36 " "	54 " "
	284 Mill. M.	1247 Mill. M.

Also **284 Millionen Mark** werden gebraucht und sind auch nur von der Reichstagsmehrheit bewilligt worden, ein Betrag, den die Bevölkerung gewiß aufbringen kann, weil **Alle dazu beitragen müssen**.

Aber mehr als das Vierfache dessen, was die Konsumenten an das Reich zur Gesundung seiner Finanzen leisten sollen, will man ihnen abnehmen!

Die Mehrheitsparteien des Reichstages, die diese Gesetze **nach den Vorlagen der Regierung** bewilligt haben, tragen an der übermäßigen Belastung keine Schuld.

Sie haben nur bewilligt, was unbedingt notwendig war zur Ordnung der Finanzen unseres Vaterlandes. Dem Vaterlande aber mußte geholfen werden!

Herausgeber: Hauptverein der Deutsch-Konservativen, Berlin SW 11. — Verantwortlicher Redakteur: Bruno Schroeter, Berlin.
Druck: Borussia, Druck- und Verlagsanstalt G. m. b. H., Berlin SW 11.

